



Straßenbaubeiträge sollen abgeschafft werden

Stand: 15.03.2022, 15:14 Uhr

Lange wurde über sie gestritten, jetzt sind sie bald Geschichte: Die Straßenbaubeiträge für Anlieger sollen in NRW abgeschafft werden. Das gaben CDU und FDP heute bekannt.

Seit Jahren wehren sich Anlieger dagegen, dass sie in NRW für Straßensanierungen zum Teil fünfstellige Summen zahlen müssen. Künftig sollen die Beiträge komplett vom Land übernommen werden. Das teilten die Landtags-Fraktionschefs Bodo Löttgen (CDU) und Christof Rasche (FDP) am Dienstag in Düsseldorf mit. In der kommenden Woche soll der Landtag einen entsprechenden Antrag beschließen. Damit kommt die Düsseldorfer Koalition zwei Monate vor der NRW-Landtagswahl vielen Protestierenden entgegen.

Förderprogramm sollte Hälfte finanzieren

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte Ende 2019 in einem ersten Schritt beschlossen, die Beiträge der Grundstückseigentümer in NRW ab 2020 zu halbieren. Dazu wurde ein Förderprogramm mit insgesamt 65 Millionen Euro Volumen aufgelegt. Von diesem Geld seien bisher aber erst gut 11 Millionen Euro an Förderung abgeflossen. *"Da ist eine Menge Luft für Entlastung der Bürger"*, erklärte Rasche.

- CDU/FDP: Straßenbaubeiträge werden *"drastisch verringert"* | [mehr](#)

[<http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/strassenbaubeitraege-102.html>]

Komplette Übernahme gilt auch rückwirkend



CDU-Fraktionschef Löttgen verkündete die Entlastung

Die hundertprozentige Übernahme solle rückwirkend auch für Grundstückseigentümer gelten, denen seit 2020 bereits die hälftige Förderung bewilligt worden sei, betonte CDU-Fraktionschef Löttgen. *"Wir können die Anlieger rückwirkend und zukünftig zu 100 Prozent von den Straßenausbaubeiträgen entlasten."*

Seit Beginn der Förderung seien 478 Bewilligungsbescheide ausgesprochen worden, erklärte Kommunalministerin Ina Scharrenbach (CDU). Knapp 200 Nachweise über die Verwendung der Förderung hätten die Behörden erhalten. Allein hierbei seien Eigentümer von rund 5.000 Grundstücken in NRW finanziell entlastet worden.

Opposition kritisiert Festhalten am Fördersystem

"Warum schaffen CDU und FDP die Straßenausbaubeiträge nicht ganz ab?" fragt hingegen die SPD-Opposition im Düsseldorfer Landtag. Der stellvertretende Fraktionschef Christian Dahm sieht in der Ankündigung von Schwarz-Gelb eher einen *"unausgereiften Schnellschuss kurz vor Ende der Legislatur"*. Denn was passiere, wenn Fördermittel aufgebraucht wären? *"Werden die Bürgerinnen und Bürger doch wieder zur Kasse gebeten? Die rechtliche Grundlage bestünde beim Vorgehen von CDU und FDP weiter"*, kritisiert Dahm. Seine Fraktion habe deshalb ebenfalls für nächste Woche einen eigenen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die endgültige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht.

Jahrelange Proteste und Volksinitiative in NRW

Gegen die Beiträge hatte es jahrelangen heftigen Widerstand gegeben. Der Bund der Steuerzahler NRW (BdSt) hatte vor zweieinhalb Jahren sogar eine Volksinitiative gestartet, der sich nach eigenen Angaben mehr als 437.000 Menschen mit ihrer Unterschrift anschlossen.